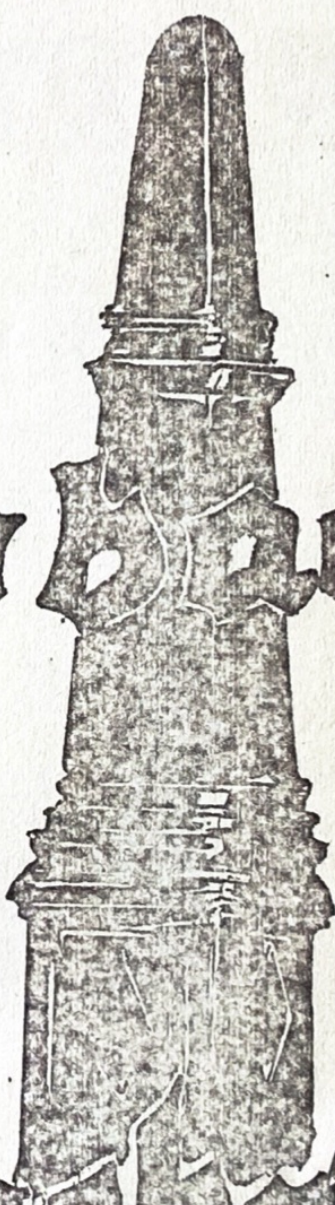


An einen Haushalt

Erscheinungsort
Sembach

Verlagspostamt Sembach 4132 P.b.b.



Sembacher Verbrechten

Die ÖVP informiert
die Gemeindebevölkerung!

LEISTUNGSBILANZ

6 Jahre Arbeit für unsere Gemeinde

Das Wort "Leistungsbilanz", das am Kopf dieses Blattes steht, kommt uns fast ein bißchen großsprecherisch vor: Was wir Ihnen geben möchten, ist mehr ein Rechenschaftsbericht, dem wir auch einige Zahlen beigelegt haben, damit Sie sehen, was die Gemeinde mit Ihren Steuerschillingen gemacht hat.

Erinnern Sie sich an unser Programm vor sechs Jahren?

Wir sind nun in der angenehmen Lage, Ihnen mitteilen zu können, daß die Gemeindevertretung unter Führung der ÖVP das meiste davon verwirklichen konnte, nämlich:

1. Bauvorhaben:

Hauptschülerweiterungsbau mit einem Kostenaufwand von S 5,7 Mio (davon S 3,0 Mio Landeszuschüsse) termingemäß abgeschlossen.

Der Volksschulneubau konnte aus finanziellen Gründen erst heuer begonnen werden: veranschlagte Kosten S 16,5 Mio (wovon das Land S 13 Mio übernehmen wird!) Der Bau des geplanten Lehrschwimmbeckens wurde wegen der Entwicklung auf dem Ernergie-sektor zurückgestellt.

Leichenhalle (Kosten S 1,35 Mio, davon S 120.000,-- Landeszuschüsse) fertiggestellt.

Eine bauliche Maßnahme, welche das Gemeindebudget unvorhergesehen mit rund S 400.000,-- belasten wird, ist der Einbau der OKA-Dienststelle im Volksschulgebäude. Die ÖVP sicherte dadurch den Weiterbestand der OKA-Dienststelle in Lembach und damit die Erhaltung von Arbeitsplätzen in unserer Gemeinde.

Vertrauen durch Leistung

ÖVP



2. Straßenbau:

Erschließung der Tischlerhöf' und der Rendl-Siedlung: erstere konnte endgültig, letztere bis auf die Staubfreimachung durchgeführt werden; daneben wurden die Buchetwies-Siedlungsstraße und der Friedhofweg saniert und asphaltiert. Gesamtausgaben für den Straßenbau: S 1,25 Mio, davon S 320.000,-- Landeszuschüsse.

Weiters wurden S 90.000,-- für die Schaffung von Parkplätzen ausgegeben, ein gleichhoher Betrag (mit S 50.000,-- Landesbeihilfe) für die begonnene Gehsteigsanierung, wozu das Land Leistensteine im Werte von S 272.000,-- der Gemeinde geschenkt hat.

In der Sanierung der Falkenstein-Landesstraße, die natürlich nicht in die Zuständigkeit der Gemeinde fällt, konnten wichtige Teilerfolge erzielt werden. Darüber hinaus hat das Land Oberösterreich die frühere Hörbicher-Gemeindestraße übernommen, was Lembach in absehbarer Zeit eine leistungsfähige Verbindung nach Rohrbach beschaffen wird.

Das Thorwartl-Haus (Hammer) wurde wie geplant um S 276.000,-- (inkl. Nebenkosten) gekauft und abgerissen.

3. Güter- und Wirtschaftswege:

Der Bau des Güterweges Gloßholz ist mit einem Kostenaufwand von bisher S 686.000,-- (70 % Land, Rest Interessenten und Gemeinde) weitgehend abgeschlossen.

Der Wirtschaftsweg Habach (Kostenaufwand S 1,23 Mio, wovon 55 % vom Land und je 22,5 % von den Interessenten und von der Gemeinde getragen werden) ist fertig, der Wirtschaftsweg Feicht (Kosten S 370.000,--, Kostenaufteilung wie oben) in Arbeit. Darüber hinaus konnte der Wirtschaftsweg Reider begonnen werden.

Der Forstaufschließungsweg Gloßholz (bisherige Kosten S 250.000,--) ist in Bau.

Die versprochene Übernahme der Erhaltungskosten für alle Güter- und Wirtschaftswege durch die Gemeinde wurde über Antrag der ÖVP-Fraktion einstimmig beschlossen, wodurch unseren Gemeindegürgern außerhalb des Marktes in der abgelaufenen Funktionsperiode immerhin schon S 110.000,-- erspart werden konnten.

4. Wasserleitung und Kanal:

Wasserleitungsbau programmgemäß mit einem Kostenaufwand von S 217.000,-- fortgesetzt.

Hochbehältererweiterungsbau mit Entsäuerungsanlage mit einem Kostenaufwand von S 1,6 Mio baulich abgeschlossen, allerdings noch nicht ausfinanziert, weil das Darlehensansuchen der Gemeinde beim Wasserwirtschaftsfonds trotz mehrfacher Intervention noch nicht behandelt wurde, während sich das Land immerhin bereits mit einem Zuschuß von S 280.000,-- eingestellt hat.

Das Kanalprojekt Lembach-Südost ist reif zur wasserrechtlichen Entscheidung: Die Finanzierung und Inangriffnahme dieses Projektes mit seinen veranschlagten Kosten von S 16 Mio wird eine der größten Aufgaben des kommenden Gemeinderates werden.

Daneben wurden S 638.000,-- für den Kanalausbau aufgewendet.

LEISTUNGSBILANZ

6 Jahre Arbeit für unsere Gemeinde

5. Straßenbeleuchtung:

Der Ausbau der Straßenbeleuchtung im Marktgebiet ist zum größten Teil abgeschlossen (Kostenaufwand S 589.000,--).

6. Teilbebauungs- und Flächenwidmungsplan:

Technisch fertig und grundsätzlich vom Gemeinderat beschlossen.

7. Ortsverschönerung und Fremdenverkehr:

Für die Ortsverschönerung hat die Gemeinde S 69.000,-- ausgegeben. (sicherlich weniger als unsere fleißigen Hausfrauen bei der Schmückung ihrer Häuser und Gärten mit Blumen), dazu S 60.000,-- (gleichviel wie das Land) für die Fassadenaktion. Ein hoffnungsvoller Ansatz sind die Kontakte zwischen der Gemeinde Lembach und der Linzer Kunsthochschule.

Zählt nicht auch die Kultur zu den Dingen, die das Leben schöner machen? Die Gemeinde Lembach hat in den abgelaufenen sechs Jahren zwei Kulturwochen veranstaltet.

8. Einige Leistungen der abgelaufenen Funktionsperiode, die nicht im ÖVP-Programm standen:

Die Übernahme des Freibades, was der Gemeinde bisher S 681.000,-- gekostet hat.

Regelmäßige kleinere Zuwendungen für die einheimischen Sportvereine so z.B. für das Sporthaus der Fußballsektion, für den zweiten Tennisplatz und für die Sektion Eisschießen, was schließlich einen Gesamtbetrag von S 245.000,-- ausmacht.

Das Tanklöschfahrzeug, für das das Land S 300.000,--, das Landesfeuerwehrkommando S 140.000,-- und die Gemeinde nur S 191.000,-- aufwenden mußten, weil die FF Lembach durch eigene Initiative S 87.000,-- aufgebracht hat.

Vertrauen durch Leistung

ÖVP



9. Als letzter Punkt stand in unserem Wahlprogramm die Zusammenarbeit mit allen politischen Parteien. Es freut die ÖVP Lembach ganz besonders, behaupten zu können, daß die Zusammenarbeit mit allen politischen Fraktionen in der Gemeinde, die wir auch weiterhin fortsetzen wollen, als gut zu bezeichnen war.

Mit diesem Rechenschaftsbericht legen wir gleichsam unsere Funktion in der Gemeinde in die Hände der Bevölkerung zurück.

Es würde uns freuen, wenn wir, Ihre Lembacher ÖVP, aus den Wahlen am 7. Oktober 1979 so gestärkt hervorgingen, daß wir unsere Arbeit für Sie fortsetzen können.

U N S E R E S P I T Z E N K A N D I D A T E N



Bürgermeister Ök. Rat
Alois Hötendorfer



Vizebürgermeister
Dr. Helge Fosen

Liebe Lembacherinnen und Lembacher !

Die Aufstellung der Kandidaten für den Gemeinderat der Marktgemeinde Lembach i.M. für die nächste Funktionsperiode erfolgte in der Österreichischen Volkspartei **nach Vorliegen** des Ergebnisses der Vorwahl.

38 Personen stellten sich in den Kreis der Kandidaten für den Gemeinderat und für die Auswahl durch die Bürger unserer Gemeinde. Bei Durchgehen der nachfolgend angeführten Kandidatenaufstellung und beim Vergleich mit der Ergebnisliste der Vorwahl werden Sie feststellen können, daß wir uns bei der endgültigen Aufstellung der Kandidaten weitgehend nach dem Ergebnis der Vorwahl gerichtet haben.

Der ÖVP Lembach war es jedoch ein besonderes Anliegen eine Vertretung der Frauen und der Jugend sowie der Senjoren in aussichtsreicher Position zu platzieren. Aus diesem Grund erfuhr die Reihung nach der Vorwahl eine Änderung.

Es ist uns eine besondere Genugtuung, daß unsere bisherigen Spitzenmandatare durch die Lembacherinnen und Lembacher wieder an vorderster Stelle gereiht wurden.

Die ÖVP Lembach gewährleistet aber auch mit der Nominierung der übrigen, in den verschiedensten Bereichen des öffentlichen Lebens bewährten Kandidaten an aussichtsreicher Stelle eine möglichst umfassende und wirksame Vertretung der gesamten Gemeindebevölkerung.

UNSERE KANDIDATEN FÜR DEN GEMEINDERAT

Ök. Rat Alois Hötendorfer Atzesberg 10 Landwirt	Geburtsjahr 1920	verheiratet	7 Kinder
Dr. Helge Fosen Lembach 16 Notar	1939	verheiratet	6 Kinder
Josef Rossgatterer Lembach 39 Sparkassendirektor	1926	verheiratet	4 Kinder
Karl Ensbrunner Lembach 48 Tischlermeister	1937	verheiratet	
Adolf Witzerstorfer Lembach 226 Hauptschullehrer	1939	verheiratet	2 Kinder
Ing. Georg Kumpfmüller Lembach 28 Bautechniker	1951	verheiratet	
Johann Winkler Lembach 78 Landesbeamter	1942	verheiratet	2 Kinder
Augustine Trautendorfer Oberrort Nr. 1 Landwirtin	1934	verheiratet	3 Kinder
Ewald Baumüller Lembach 86 Justizbeamter	1933	verheiratet	3 Kinder
Leopold Ortner Lembach 181 Bautechniker	1956	verheiratet	1 Kind
Albert Mayer Lembach 173 Straßenmeister	1950	verheiratet	2 Kinder
Hermine Kneidinger Lembach 111 Angestellte	1948	verheiratet	3 Kinder
Johann Nadschläger Lembach 206 Pensionist	1912	verheiratet	3 Kinder
Erich Kraml Oberlembach 8 Landwirt	1942	verheiratet	2 Kinder
Hildegard Ecker Lembach 63 Hauptschullehrerin	1955	verheiratet	1 Kind

Helmut Krauk Lembach 53 Malermeister	Geburtsjahr 1931	verheiratet	3 Kinder
Leopold Ecker Feichten 3 Landwirt	1941	verheiratet	2 Kinder
Herbert Höllinger Lembach 85 Tischlermeister	1935	verheiratet	3 Kinder
Karl Hintringer Lembach 68 Landesbediensteter	1946	verheiratet	1 Kind
Franz Smetschka Lembach 203 Schmiedemeister	1937	verheiratet	4 Kinder
Karl Höltschl Lembach 29 Molkereiarbeiter	1928	verheiratet	6 Kinder
Ludwig Anreiter Lembach 171 Platten- und Fliesen- legermeister	1935	verheiratet	2 Kinder
Josef Reinthaler Lembach 72 Fabrikсарbeiter	1936	verheiratet	2 Kinder
Hermann Peherstorfer Lembach 32 Elektrikermeister	1933	verheiratet	2 Kinder
Karl Ammerstorfer Obornort 4 Landwirt	1934	verheiratet	4 Kinder

Was Sie bei der Landtags- und Gemeinderatswahl am
7. Oktober wissen sollten:

WAHLLOKALE UND WAHLZEITEN

für die Gemeinde L e m b a c h i.M.:

WAHLLOKAL: Ehemaliges Gaststättenlokal Pichler
Lembach 4

WAHLZEIT: Von 06.30 bis 16.00 Uhr

für die Gemeinde H ö r b i c h :

WAHLLOKAL: Wohnstube des Hauses Hörbich 5

WAHLZEIT: Von 08.30 bis 16.00 Uhr

Wahlberechtigte, die am Wahltag aus zwingenden Gründen
ihr Wahlrecht nicht in der Heimatgemeinde ausüben können,
haben die Möglichkeit, sich bis spätestens 4. Oktober 1979
beim Gemeindeamt eine Wahlkarte ausstellen zu lassen.
Wahlkarten können jedoch nur für die Landtagswahl ausge-
stellt werden.

Mit solchen Wahlkarten kann nur im Bereich des Bundes-
landes Oberösterreich gewählt werden. Wählen Sie daher,
wenn irgendwie möglich, doch in Ihrer Gemeinde, so daß
Sie auch für die Gemeinderatswahl Ihre Stimme abgeben
können.

Sehbehinderte Wähler sollen zur Wahl ihre Brillen nicht
vergessen !

Ältere bzw. sehbehinderte oder bresthafte Personen können
sich in die Wahlzelle eine Person ihres Vertrauens mitnehmen

IMPRESSUM:

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: ÖVP-Gemeindepartei-
leitung Lembach i.M.

Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Helge Fosen
Johann Winkler, beide Lemba

Druck: Eigenvervielfältigung



Wie Sie, liebe Lembacherinnen und Lembacher sicher schon bemerkt haben, gibt es in unserem Ort wieder eine Junge-ÖVP Ortsgruppe. Wir wollen nun hier die Gelegenheit nützen, uns der Öffentlichkeit näher vorzustellen. Die Ortsgruppe Lembach wurde am 28. Mai 1979 neu gegründet, wobei folgende Funktionäre einstimmig gewählt wurden.

Obmann: Herbert Ortner (Bautechniker)

Obmannstellvertreter: Josef Falkinger (Tischlermeister)
und Hermann Bruckmüller (Autovertreter)

Schriftführer: Irmtraud Rossgatterer (Bankangestellte)

Kassier: Herbert Hötzendorfer (Bankangestellter)

Organisationsreferent: Reinhard Dobretsberger (Tischler)

Die Gruppe umfaßt derzeit 45 Mitglieder.

Nun, welche Ziele hat sich die JVP-Gruppe gesetzt, was hat sie vor und was will sie verwirklichen?

Wenn wir die Ergebnisse der letzten Wahlen anschauen, wo 30 - 40 % der Jugendlichen der Wahl ferngeblieben sind, so wird es eine unserer Hauptaufgaben sein, die Jugend näher an die Politik heranzuführen. Dazu ist die Arbeit in der Ortsgruppe am besten geeignet, wo offen über alles diskutiert wird und auch "heiße Eisen" angefaßt werden, wie z.B. die Gesellschaftspolitik. Wenn wir ehrlich sind, so hat unser Leben doch schon einiges von der sogenannten Lebensqualität eingebüßt. Grundwerte wie Recht auf Leben und Schutz des Lebens, Ehe und Familie, Liebe und Treue, die Fundamente unserer Gesellschaft sind, gehen langsam aber sicher durch

gekonnte Verschleierungspolitik verloren. Da dies auch besonders jeden Christen angeht, haben wir gemeinsam mit der Katholischen Jugend den Vortrag von Dr. K r e n n zum Thema: "Darf der Christ politisch sein?" organisiert. Dies war ein Beitrag zur gesellschaftspolitischen Diskussion in unserer Gemeinde und es werden weitere folgen.

Was das Geschehen in unserer Gemeinde betrifft, so wollen auch wir unsere Meinungen und Vorstellungen zu den jeweiligen Problemen vertreten wissen. Deshalb wird unser Obmann am 7. Oktober 1979 für den Gemeinderat kandidieren. Hier bietet die ÖVP der Jugend eine echte Möglichkeit der Mitbestimmung, die wir auch nützen werden.

Es liegen uns aber auch noch andere Dinge am Herzen z.B. unsere Landschaft. Auf diesem Gebiet werden wir sicher in nächster Zeit aktiv werden. Und weiters werden wir uns verstärkt der Freizeitgestaltung unserer Jugendlichen zuwenden. Eine Veranstaltung haben wir bereits festgelegt: In den Semesterferien wird wieder eine Schiwoche veranstaltet, wozu alle herzlich eingeladen sind.

Zum Abschluß möchten wir noch an alle j u n g e n L e u t e in Lembach appellieren:

ARBEITET BEI UNS MIT UND HELFT UNS,
UNSERE ZUKUNFT GESTALTEN!
GEMEINSAM SIND WIR STÄRKER!

Unser Programm für die Gemeinde

Wenn wir Sie, liebe Lembacherinnen und Lembacher, in den vorangegangenen Seiten über das informiert haben, was die Gemeindevertretung unter Führung der ÖVP in den vergangenen sechs Jahren für unsere Marktgemeinde erreichen konnte, so wollen wir Sie nachfolgend mit jenen Vorhaben vertraut machen, die in der kommenden Funktionsperiode 1979 - 1985 verwirklicht werden sollen.

- I. Das größte bereits begonnene Projekt stellt zweifellos der Bau der Volksschule mit Turnhalle dar, wobei letztere als teilbare Großturnhalle ausgebildet werden soll. Sie soll besonders den Bedürfnissen unserer sport-interessierten Jugend dienen.
Die geschätzten Kosten (Volksschule und Großturnhalle) liegen bei 20 Mio. Schilling.
Durch Verhandlungen konnten wir erreichen, daß das Land einen großen Teil der Baukosten übernimmt.
- II. Ein weiteres Vorhaben ist die Teilregulierung des Lembachls und des Daglesbaches. Diese Regulierungen schaffen die Voraussetzungen für die erforderliche Sanierung des Freibades bzw. des Sportplatzes und der zu errichtenden Leichtathletikanlagen.
Die Baukosten sind zur Zeit noch nicht bekannt. Eine Zusage der Landesregierung für eine Beihilfe von 60 % der Baukosten für die Bachregulierung ist erfolgt.
- III. Die Planung des Kanalprojektes mit Kläranlage in Lembach Süd-Ost steht vor dem Abschluß. Die Realisierung wird nach Zuteilung von Bundes- und Landesmitteln erfolgen, da das Projekt ca. 16 Mio. Schilling erfordern wird.

ÖVP

Liste 1

Gemeinderatswahlen 7. Oktober

Vertrauen durch Leistung

- IV. Ein schwieriges Problem stellt unsere enge Ortsdurchfahrt dar. Mit der Sanierung der Straßen und der Gehsteige wurde bereits begonnen und wird diese zügig fortgesetzt. Die o.ö. Landesstraßenmeisterei Lembach wurde mit dieser Arbeit beauftragt. Neben dem Effekt der größeren Sicherheit und Flüssigkeit des Verkehrs ist hiermit auch eine Ortsgestaltung und Verschönerung verbunden. Das Land leistet hierfür für das Jahr 1979 einen Betrag von über 2 Mio. Schilling
- V. Am Siedlungsstraßensektor sind die Fertigstellung der Rendl- und der Buchetwies-Siedlungsstraße sowie der weitere Ausbau bestehender Siedlungsstraßen geplant. Die Fertigstellung bzw. der Neubau der Wirtschaftswege bzw. der Ortschaftswege Feicht, Reider, Graben und Grub wird erfolgen. Geplant ist auch die Errichtung des Forstweges Atzesberger-Leiten.
- VI. Eine Notwendigkeit für Lembach ist die Ortsumfahrung und der Ausbau der Tannberg-(Hörbicher)-Landesstraße, um eine möglichst rasche Verbindung zum Schul- und Bezirkssort Rohrbach OÖ. sowie zum Krankenhaus Rohrbach OÖ. zu erhalten. Erfreulich ist die Zusage der Landesregierung für 1980 eine größere Summe für den Ausbau obiger Landesstraße zur Verfügung zu stellen. Nach Fertigstellung der Donau-Brücke Niederranna wird eine rasche Verbindung zum Zentralraum des Bezirkes Rohrbach OÖ. notwendig werden. Da eine derartige Verbindung geographisch gesehen den Markt Lembach tangiert, wird die OVP-Gemeindevertretung die diesbezügliche Entwicklung sehr im Auge behalten und auf einen möglichst nahen Anschluß Lembachs an diese wichtige Verkehrsader drängen. Die Realisierung des Projektes Umfahrung Lembach wird durch das Zustandekommen obiger Verkehrsverbindung stark berührt.
- VII. Eine Entlastung im Wohnungssektor wird der Bau der 24 Eigentums-Wohnungen durch die Wohnungs- und Siedlungsgenossenschaft auf dem ehemaligen Bürgerspitalgelände bringen. Hier konnten alle notwendigen Vorverhandlungen abgeschlossen werden. Auch werden wir uns dafür einsetzen, daß die Wartefrist für die Wohnbauförderungsmittel, die normalerweise drei Jahre beträgt, abgekürzt und ein früherer Baubeginn möglich wird.
- VIII. Mit der zunehmenden Motorisierung wird die Schaffung von Parkplätzen in Ortsnähe notwendig werden. Die Doppel-funktion auch zur Benützung als Asphaltbahn (zum Stockschießen) wird angestrebt.
- IX. Für die Einrichtung und Unterbringung der Musikschule wird gesorgt werden, ebenfalls auch für ein größeres Probelokal für unsere Musikkapelle. Hier bietet sich die alte Volksschule an
- X. Schließlich wollen wir alles in unserer Macht stehende für die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen in unserer Gemeinde tun, wie wir dies z.B. auch im Falle der OKA-Dienststelle gehalten haben.

XI. Die Förderung unserer Vereine (Musik-, Sport-, Verschönerungsverein etc.) ist uns natürlich auch weiterhin ein besonderes Anliegen; ebenso die Förderung des Fremdenverkehrs, der natürlich besonders auch von Privatinitiativen getragen wird.

Wenn bei der Finanzierung von Projekten die Hilfe von Seiten des LANDES OBERÖSTERREICH mehrfach erwähnt wurde, so ist hier zu ersehen, in welcher vielfältiger Weise das Land Oberösterreich unter der Führung von LANDESHAUPTMANN DR. JOSEF RATZENBÖCK den Gemeinden und auch unserer Marktgemeinde bei der Verwirklichung ihrer Vorhaben hilfreich zur Seite steht.

Da diese Hilfe aber von vielen Gemeinden angestrebt wird, bedarf es natürlich auch des ständigen und vollen Einsatzes unserer Gemeindemandatäre. Daß die ÖVP Lembach unter Bürgermeister Ök.Rat ALOIS HÖTZENDORFER einen guten Draht zu der oberösterreichischen Landesregierung hat, beweisen die vielen Beihilfen und finanziellen Zuwendungen des Landes an unsere Gemeinde.

DAMIT DIES AUCH WEITERHIN SO BLEIBT SCHENKEN SIE, LIEBE
LEMBACHERINNEN UND LEMBACHER, AM 7. OKTOBER 1979
DER

ÖSTERREICHISCHEN VOLKSPARTEI

DAS VERTRAUEN

Abschließend ein paar Bemerkungen zur "roten Feder":

Wir von der ÖVP Lembach haben die Vertreter der SPÖ- (oder auch FPÖ') Fraktion nie als "Gegner" angesehen, sondern immer als Menschen mit anderen Anschauungen.

Die Lembacher Sozialisten aber müssen wir als weltfremd betrachten, wenn sie allen Ernstes behaupten, daß man aus dem Gemeindebesitz (aus ein paar Hektar Gemeindewald oder aus den Erträgen des Freibades, um die Herrn Sozialisten zu zitieren) bedeutendere Vorhaben, wie z.B., den öffentlichen Wohnbau finanzieren könnte.

Was den Wohnbau betrifft, geben wir den Sozialisten sogar recht: Hier muß etwas getan werden! Die ÖVP hat aber auch schon etwas getan und die Weichen für ein größeres Projekt auf den Bürgerspitalsgründen gestellt.

Wir würden auch liebend gerne mehr Straßen bauen, wenn wir, beispielsweise durch die von LH Dr. Ratzemböck schon oft geforderte Änderung des Finanzausgleiches - mehr Mittel dafür bekämen. Vielleicht setzen sich unsere Lembacher Sozialisten diesbezüglich einmal bei ihren Parteifreunden in Wien ein.

Übrigens wurde gerade auf dem Sektor des Straßenbaues noch nie so viel getan, wie in den letzten Jahren. Auch die Parkplätze, deren Reinigung die SPÖ reklamiert, gehen auf eine Initiative der ÖVP zurück, und wir sind stolz darauf und nehmen es in Kauf, wenn es bei der Reinigung nicht immer so klappt, wie es wünschenswert wäre.

Wer mit offenen Augen durch Lembach geht, wird selbst feststellen, daß unser Markt während der letzten Funktionsperiode schöner geworden ist. Überdies bestehen bezüglich der Ortsbildgestaltung und Ortsverschönerung Pläne, die in Zusammenarbeit mit der Linzer Kunsthochschule eine ganzheitliche Lösung vorsehen.

In der Personalpolitik hat sich die ÖVP immer vom Grundsatz der Qualifikation und der Berücksichtigung der sozialen Lage der Bewerber leiten lassen. Gerade die Einstellungen der Gemeinde in der, von den Sozialisten genannten Hauptschule, beweisen die Unhaltbarkeit der Anschuldigungen.

Und die OKA-Dienststelle? Wir finden die Entscheidung, die OKA für Lembach erhalten zu haben, richtig. Von einer Uneinigkeit zwischen den beiden, der ÖVP angehörenden, Bürgermeistern von Putzleinsdorf und Lembach kann man in diesem Zusammenhang nicht sprechen: Der eine wäre ein schlechter Bürgermeister seines Marktes, wenn er die Gelegenheit nicht zu nutzen versucht hätte; und der andere wäre ein schlechter Bürgermeister gewesen, wenn er die OKA fortziehen lassen hätte.

Aus ähnlichen Überlegungen wehren wir uns auch vehement gegen die Auflösung des Bezirksgerichtes, die von sozialistischer Seite schon mehrmals versucht wurde. Bisher scheiterten diese unrealistischen Vorhaben am Einspruch der, der ÖVP angehörenden Landeshauptleute von O.Ö. Würde aber ein sozialistischer Landeshauptmann dem Drängen seines Justizministers standhalten?

Zusammenfassend kann man zur Aussendung der Lembacher Sozialisten nur sagen, daß ihnen die Rohrbacher Genossen die "rote Feder" schlecht geführt haben. In einem müssen wir jedoch unsere Sozialisten verteidigen: sie sehen in Wirklichkeit besser aus, als auf den Bildern in ihrer Aussendung.

Si
E
U
ne
Si
he
Ki
gr
er

OÖ. in guter Hand



LH Ratzenböck und seine Mannschaft haben in den vergangenen sechs Jahren bewiesen, daß sie unser Oberösterreich gut führen können. In diesen Jahren ist bei uns in Oberösterreich vieles besser als anderswo.

Beim Wohnbau:

Wohnbauprobleme kennt unser LH aus erster Hand. Er lieferte immer neue Ideen, die allesamt kurz darauf Gesetz geworden sind:

Die Wohnbauförderung 1968, die Wohnbeihilfe, Wohnungsverbesserungsgesetz und Althausanierung. Sogar während der SPÖ-Regierungszeit drang Ratzenböck mit seinen Ideen durch. Das Wohnungsbegünstigungsgesetz (vorzeitige Rückzahlungsmöglichkeit) heißt „Ratzenböck-Plan“.

Dank der Formel $35 + 3$ ist es in OÖ. für junge Menschen leichter zu einer Wohnung zu kommen.

Die Landwirtschaft in OÖ. ist leistungsfähig

und garantiert eine gesunde Ernährung und eine sichere Versorgung. Ein Viertel der österr. Weizenerzeugung und 35 Prozent der österr. Milchproduktion kommen aus OÖ. Das oö. Landwirtschaftsgesetz bringt viele Förderungsmaßnahmen. Agrarreferent LR Hofinger sorgt auch für mehr Telefonanschlüsse für Bauern und stellt jährlich zig Millionen Landesgelder für den Viehexport zur Verfügung.

Für das Kulturleben

setzt sich LH Ratzenböck persönlich ein. Es blüht die Hochkultur im Brucknerhaus, Ursulinenhof und Landestheater. Mehr noch: In den Dörfern, Märkten und Städten, ja selbst in Betrieben pflegen wir heute mehr als früher unsere reichen Kulturtraditionen. Kulturwochen und große Landesausstellungen sind überaus erfolgreich.

Bei den Arbeitsplätzen:

Seit 1973 wurden durch die geschickte Wirtschaftspolitik von LH Dr. Ratzenböck und Wirtschaftslandesrat Rudolf Trauner mehr als 40.000 neue Arbeitsplätze geschaffen. In OÖ. gibt es derzeit 449.500 Beschäftigte. Das ist der Höchststand seit 1945. Mit 36.000 Lehrplätzen steht unser Land an der Spitze aller Bundesländer! Nicht einmal Wien bietet mehr jungen Menschen Ausbildungsplätze! Das ist also gesamtösterreichischer Rekord. Jugendarbeitslosigkeit ist in OÖ. ein Fremdwort!

Für Jugend und Sport:

OÖ. gibt jährlich mehr Jugendförderungsmittel aus als die gesamte Bundesregierung. 32 Jugendzentren, zahlreiche Jugendclubs und Herbergen sind sichtbare Beweise. Für die Jugend tut kein Bundesland mehr. Aber auch die Sportpolitik kann sich sehen lassen: Mehr als 3000 Sportanlagen in allen Gemeinden stellen dem zuständigen Referenten LHStv. Possart ein gutes Zeugnis aus. Er ist Landesmeister im Jugend- und Sport-fördern!

Beim Umweltschutz:

Oberösterreich ist das sauberste Bundesland. Landesrat Hans Winetzhammer verwandelte hunderte wilde Müllhalden in wenige geordnete Deponien. Unsere Atemluft ist rein, weil sie in ganz OÖ. überwacht wird. Unsere Seen sind sauber – manche haben sogar Trinkwasserqualität. Kein Land tut mehr, zur Erhaltung der natürlichen Umwelt.

Auf sozialem Gebiet:

Wir haben moderne Sozialgesetze. LH Dr. Ratzenböck ist selbst seit seinem Eintritt in die Politik stark sozial engagiert: 1956 hat er den OÖ. Rentner- und Pensionistenbund gegründet.

Viele soziale Initiativen tragen seinen Stempel:

Das PFLEGEgeld für alle hilflosen Menschen ohne Pension.

Die BLINDENBEIHLFE. Diese Unterstützungen erhalten in OÖ. mehr Personen als im einwohnerreichsten und sozialistisch dominierten Wien. Ein Beweis dafür, daß sozialistisch keineswegs sozial sein muß.

Moderne Altenheime, Hauskrankenpflegedienste, Familienhilfe, Altenpflege, Seniorenclubs, Sozialstationen, die Aktionen Essen auf Rädern und Erholungshilfen für alte und behinderte Menschen sind weitere Beispiele für die erfolgreiche „soziale Leistungsbilanz“ von LH Dr. Ratzenböck und seinem Team.

Weitere große Erfolge von LH Ratzenböck und seinem Team für OÖ. sind:

- die Errichtung des Steyr-BMW-Motorenwerks um nur 114 statt wie von SP-Hartl gefordert 200 Mio. Schilling Landesgelder. 2000 neue Arbeitsplätze!
- das Nahverkehrskonzept zum Ausbau des Schnellbahnnetzes in alle Landesteile.
- Leistungen für die Pendler: Wartehäuschen gegen Unwetter, 52 vierachsige Pendlerwaggons, sichere Autobahnen und Straßen.
- Wichtige Brückenbauten: Innbrücke in Schärding, Autobahn-VOEST-Brücke in Linz, Steyregger Donaubrücke, Autobahnbrücke Suben am Inn und die Donaubrücke Niederranna, die das Land allein finanziert.
- Mehr als 1000 Pflichtschulen wurden seit 1945 errichtet.
- Die Landeskrankenhäuser werden modernisiert, mehrere von Städten an das Land übergeben. Das Allgemeine Krankenhaus Linz wird mit Landesmitteln neu gebaut.

Hartl steht daneben.

Beispiel Nr. 1

Steyr-BMW-Motorenwerk

Als es z. B. um die Ansiedlung eines Steyr-BMW-Motorenwerkes im Gebiet der Stadt Steyr ging, da verlangte Dr. Hartl 200 Mill. Schilling Landesförderung für die Industrieherrn – und flog auf Exkursion nach Japan, mit ihm übrigens der gesamte SPÖ-Landtagsclub. Hier war es Ratzenböck, der in zähen Verhandlungen dem Land 86 Mill. Schilling von jenem Betrag einsparte, den Dr. Hartl leichtfertig verlangt hatte. Dr. Ratzenböck bekam nämlich das neue Werk mit seinen vielen tausenden Arbeitsplätzen um 114 Mill. Förderungsschilling! Als Dr. Hartl aus Japan heimkam, mußte er feststellen, daß ohne ihn besser zu verhandeln war – und daß er wieder einmal daneben gestanden und niemanden abgegangen war ...

Beispiel Nr. 4

Hubschrauber statt Krankenhaus

Dr. Hartl stand auch völlig daneben, als die Bevölkerung im Bezirk Rohrbach energisch dafür eintrat, daß in diesem Landesteil ein modernes Krankenhaus entstehen soll. Damals fiel Hartl nichts anderes ein, als dem damaligen Verteidigungsminister Lütgendorf einen Brief zu schreiben und zu verlangen, die Schwerkranken mit dem Hubschrauber von Rohrbach nach Linz zu bringen. Die ÖVP und Dr. Ratzenböck sorgten dann dafür, daß nun auch Rohrbach ein ordentliches Spital bekommt. Vor wenigen Tagen war übrigens die Gleichfeier des neuen Landeskrankenhauses Rohrbach. Er stand halt einfach daneben, der Dr. Hartl.

Auszug aus oö. Tagblatt vom 12. Jänner 1972

„Lokalpatienten“

...Große Enttäuschung, so meldete ein Berichterstatter, habe es gegeben, weil Landesrat Dr. Hartl erklärt hatte, an die Errichtung eines Krankenhauses in Rohrbach sei vorerst nicht zu denken...

Landesrat Dr. Hartl, den wir gestern dazu um eine Stellungnahme baten, erklärte mit allem Nachdruck, daß es sich hier um keine politische, sondern um eine reine Sachfrage handle...

... Von einer absoluten Notwendigkeit sei also keine Rede. Die Priorität des Schwerpunktes Linz stehe wohl sachlich außer Zweifel. – Im Zeitalter der Vollmotorisierung ist der schnelle Transport in ein auch etwas weiter entferntes Krankenhaus kein Problem mehr...

Beispiel Nr. 2

Donaubrücke Niederranna

Als im oberen Mühlviertel der Ruf nach einer Donaubrücke im Bereich Niederranna-Engelhartzell laut wurde, erwies sich Dr. Hartl als schwerhörig. Als dann aber die ÖVP den Forderungen der Bevölkerung und der wirtschaftlichen Entwicklung entsprachen, machte sich das SPÖ-Tagblatt nur darüber lustig und schrieb, die Donaubrücke Niederranna-Engelhartzell sei eine Brücke für Ochsen und Kühe. Übrigens: Der Herausgeber des SPÖ-Tagblattes ist kein geringerer als Dr. Rupert Hartl.



Beispiel Nr. 5

Schnellbahnnetz

In anderen Landesteilen erging es Dr. Hartl nicht viel besser. Jahre hindurch machte sich Dr. Hartl für den Bau einer teuren Schnellbahn durch die relativ dünn besiedelte Welser-Heide stark. Die ÖVP entwickelte zur gleichen Zeit die Pläne für ein ganzes Schnellbahnnetz. LH Dr. Ratzenböck und Landesrat Winetzhammer wollen aber dorthin Schnellbahnen führen, wo sie tatsächlich gebraucht werden. Also dorthin, wo viele Leute wohnen.



Beitrag des SPÖ-Politikers Dr. Hartl zur Gesundheitsversorgung im Mühlviertel: Hubschrauber statt Krankenhaus!

Beispiel Nr. 3

SPÖ-Personalpolitik

Hartl und die SPÖ haben keine moralische Berechtigung, die Personalpolitik des Landes Oberösterreich anzugreifen. Weshalb es verwunderlich ist, daß ausgerechnet SP-Chef Dr. Hartl über die Personalpolitik im Landhaus herzieht. Wie sieht denn die Personalpolitik dort aus, wo die Parteifreunde Dr. Hartls das Sagen haben, also in unseren oberösterreichischen Statutarstädten? Beschämend!

- Beim Magistrat der Stadt Linz ergab sich bei den Personalvertretungswahlen eine SP-Mehrheit von 91,9 Prozent, ÖAAB/FCG bekamen nur 6,7 Prozent der Stimmen.
- Der Magistrat Steyr ist offenbar zum „parteilichen Einheitsbetrieb“ geworden – dort konnte der ÖAAB/FCG gar nicht erst kandidieren.
- Einzig in der Statutarstadt Wels entfallen auf die SP-Personalvertreter „nur“ 80,3 Prozent der Stimmen – und auf den ÖAAB/FCG 19,6 Prozent.
- Dafür ist dort nur einer von 16 Abteilungsleitern beim ÖAAB, sind dort nur zwei der 70 Dienstnehmer beim ÖAAB. Möge doch Hartl zuerst den Balken aus dem eigenen Auge ziehen, ehe er den Splitter im Auge des anderen sieht.

Beispiel Nr. 6

Caritas Kindergärtnerinnen

Gerne sieht auch der Senatspräsident am Oberlandesgericht in Linz Dr. Hartl in der Rolle als Arbeitnehmervertreter. Aber in der Praxis handelt der sozialistische Landespolitiker Dr. Hartl gegen die Interessen mancher Arbeitnehmergruppe. Kürzlich beispielsweise, kündigte Dr. Hartl in einem Erlaß radikale Verschlechterungen für Kindergärtnerinnen der Caritas an. Will eine Kindergärtnerin beruflich von einem Kindergarten der Caritas in einem Gemeindekindergarten umsteigen, so sollte ihr nach Empfehlungen Dr. Hartls nur 50 Prozent der Vor dienstzeiten angerechnet werden. Was schlicht und einfach eine Benachteiligung dieser Kindergärtnerinnen darstellt. Hartls Begründung: „Der Markt an Kindergärtnerinnen sei gesättigt“.

Dokumentation: Die ÖVP allein brachte das



Landeskrankenhaus Rohrbach

Die Wahrheit spricht für sich

Es gibt heute viele, die es auf ihre Fahnen schreiben wollen, daß das Landeskrankenhaus Rohrbach Wirklichkeit wurde.

Wir von der ÖVP möchten mit dieser Dokumentation zeigen, daß es wirklich die Österreichische Volkspartei war, die sich von Beginn an für die Interessen des Bezirkes eingesetzt hat. Das gilt für das Krankenhaus ebenso, wie für die Donaubrücke bei Niederranna, die B 127 und alle sonstigen Belange.

Es gibt dafür objektive Beweise: Protokolle, amtliche Aussagen und Zeitungen – und schließlich wir selbst, die Mandatäre und Bürgermeister der ÖVP dieses Bezirkes, die das Projekt zustande gebracht haben.

Ich danke allen Freunden, die dabei geholfen haben.

In dieser Dokumentation finden sich auch Unterlagen, die bisher nicht veröffentlicht wurden.

Mündige Staatsbürger sollen sich damit ihre Meinung selbst bilden: die Wahrheit spricht schließlich für sich.

Ihr

Franz Leitenbauer
Landtagsabgeordneter

Nach einer Besprechung mit dem ehemaligen Landesrat Dr. Rupert Hartl im Jahre 1971 protokol-

Wichtiges Protokoll

lierte Bezirkshauptmann W. Hofrat Dr. Wilhelm Blecha die Aussagen des heutigen SP-Obmannes. Die Protokoll-Aussage ist eindeutig: Lesen Sie bitte die nächste Seite.

In der amtlichen „Linzener Zeitung“ veröffentlicht die Landesregierung offiziell wichtige Meldungen. In der Ausgabe vom 8. September 1972 (Folge 36) findet sich die Meldung vom „Krankentransporthubschrauber für Rohrbach“.

SP-Obmann Dr. Rupert Hartl sagt heute, das habe er nicht gesagt. In der offiziellen Zeitung der Landesregierung steht es aber anders: genau so, wie es diese Dokumentation hier abdruckt.

Ercheitert wöchentlich

Einzelpreis S. 3,30

Amtliche
Linzener Zeitung

Amtsblatt
für
Oberösterreich



P. b. b.
Ercheinungsort: Linz
Verlagsnummer: 4000 Linz

Preis 36/1972

Linz, am 8. September 1972

343. Jahr

Krankentransporthubschrauber für Rohrbach

Der Gesundheitsreferent der o.ö. Landesregierung, Dr. Hartl, hat sich in einer Eingabe an den Landesverteidigungsminister Lütgendorf mit dem Ersuchen gewandt, im Raum von Rohrbach einen Krankentransport-Hubschrauber des Bundesheeres zu stationieren, um damit für diesen Landesteil eine sicherlich sehr wirksame weitere Verbesserung des Krankentransport-Systemes zu erreichen. Rohrbach ist bekanntlich nach Ansicht maßgeblicher Fachleute im Hinblick auf personelle und sonstige Schwierigkeiten derzeit nicht als Standort für ein Krankenhaus geeignet. Die Bevölkerung des Bezirkes fordert aber unter Berufung darauf, daß die Transportwege zu den bestehenden Krankenhäusern zu lange

und zu schlecht seien, vehement die Errichtung einer derartigen Einrichtung. Landesrat Dr. Hartl unternimmt deshalb alle Anstrengungen, das Krankentransport-System für den Raum Rohrbach zu verbessern, wobei bereits eine Vermehrung der Krankentransportwagen, die Einrichtung eines Ärzte-Funkdienstes und andere erfolgversprechende Maßnahmen gesetzt oder eingeleitet wurden. Nunmehr soll mit der Stationierung des Sanitätshubschraubers in Rohrbach ein neuer Schritt in dieser Richtung getan werden, um damit die Voraussetzungen für eine rasche und wirksame stationäre ärztliche Versorgung für diesen Raum zu erhoffen und ihn anderen Landesteilen gleichzustellen.

Das ist das Protokoll, das das „Nein“ des damaligen Landesrates Dr. Rupert Hartl zum Landeskrankenhaus Rohrbach zeigt. Die ÖVP des Bezirkes Rohrbach hat trotzdem um das Krankenhaus weitergekämpft – und war erfolgreich: das Landeskrankenhaus Rohrbach ist Wirklichkeit.

N i e d e r s c h r i f t

über die außerordentliche Bürgermeisterkonferenz am 13. März 1971 im Saale der Bezirksbauernkammer Rohrbach, OÖ.

TOP. "Krankenhaus im Bezirk Rohrbach - ja oder nein"

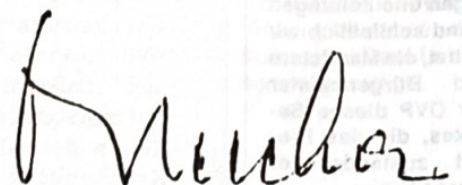
Der Vorsitzende verweist einleitend auf den sogenannten Krankenanstaltenplan Oberösterreich-Grundlagen, der vom deutschen Krankenhausinstitut EV.Düsseldorf über Auftrag der o.ö. Landesregierung erstellt worden ist. Er verweist insbesondere auf die Ausführungen auf Seite 130, da Seite 25 ~~130~~ und 134. Er habe sich veranlaßt gesehen, beim zuständigen Referenten, Herrn Landesrat Hartl am 2. März 1971 vorzusprechen, um unter Hinweis auf die positiven Feststellungen des Krankenanstaltenplanes die Notwendigkeit der Errichtung eines Krankenhauses im Bezirk Rohrbach vorzutragen.

Landesrat Hartl hätte dem gegenüber auf die Ausführungen im 2. Absatz auf Seite 130 des Krankenanstaltenplanes* hingewiesen, wo festgehalten wäre, daß "situationsbedingte Gründe" derzeit gegen die Errichtung eines Krankenhauses in Rohrbach sprechen. Diese situationsbedingten Gründe wären

- a) daß der Boden für die Errichtung eines Krankenhauses in Rohrbach nicht vorbereitet sei,
- b) beim Land die Neigung für die Errichtung eines Krankenhauses im Bezirk Rohrbach gering sei,
- c) die Personalfrage (Mangel an Ärzten und Pflegepersonal) der Errichtung eines Krankenhauses in Rohrbach entgegenstehe,
- d) die Priorität für das Milliardenprojekt Allgemeines Krankenhaus Linz zwingt, in jedem Fall die Planung eines Krankenhauses im Bezirk Rohrbach zurückzustellen.

Ende der Konferenz: 17.10 Uhr

* Verantwortlicher Referent:
der damalige Landesrat Dr. Rupert Hartl



W. HR Dr. Wilhelm Blecha
Bezirkshauptmann

Tagblatt

Nummer 8 28. (79.) Jahrgang
Mittwoch, 12. Jänner 1972

„Lokalpatrioten“

Lokalpatriotismus mag durchaus gesund sein, er kann aber auch in Engstirnigkeit und Egoismus ausarten, wie dies die Bürgermeister des Bezirkes Rohrbach praktizieren. Am Montag fanden sie sich zu einer Konferenz zusammen, bei der die Errichtung eines Regionalkrankenhauses zur Debatte stand. „Große Enttäuschung“, so meldete ein Berichterstatter, habe es gegeben, weil Landesrat Dr. Hartl erklärt hatte, an die Errichtung eines Krankenhauses in Rohrbach sei vorerst nicht zu denken. Die Bürgermeister des Bezirkes glauben, in der Zurückstellung des Projektes ein politisches Motiv erblicken zu müssen: „Politisch brisant wird eine Gesundheitspolitik, die den Linzer Projekten eine absolute Vorrangigkeit gibt“, ließen sie dem Berichterstatter wissen.

Landesrat Dr. Hartl, den wir gestern dazu um eine Stellungnahme baten, erklärte mit allem Nachdruck, daß es sich hier um keine politische, sondern um eine reine Sachfrage handle. Denn bisher habe sich in Österreich kein Sachverständigen-gremium gefunden, das für einen Bau eines Krankenhauses in Rohrbach eingetreten sei. Und das Düsseldorfer Gutachten habe auch nur in einer mehr theoretischen als praktischen Begründung ein Krankenhaus in Rohrbach angeregt. Von einer absoluten Notwendigkeit sei also keine Rede. Die Priorität des Schwerpunktes Linz stehe wohl sachlich außer Zweifel. — Im Zeitalter der Vollmotorisierung ist der schnelle Transport in ein auch etwas weiter entferntes Krankenhaus kein Problem mehr, und von einigen Ausnahmefällen abgesehen, ist dem Kranken wohl mehr gedient, wenn er den etwas längeren Weg in ein nach modernsten Gesichtspunkten ausgestattetes Spital als den kürzeren in ein kleines Landkrankenhaus wählt, das Schwierigkeiten hat, entsprechendes Personal zu bekommen und zu halten. Deshalb mutet auch die Befürchtung der Bürgermeister, „die fundamentalsten Rechte der Mühlviertler im Gesundheitswesen würden den Großprojekten geopfert“, dramatisierend und am Problem vorbeigehend an.

Weil sie das Wort Politik in den Mund genommen haben: wollen nicht sie mit ihrem „Aufstand“ (ein Aktionskomitee, dem nur ÖVP-Mandatare und Bürgermeister angehören, soll weitere Schritte unternehmen) aus ihrer Forderung, deren finanzielle Seite sie offensichtlich außer acht lassen, aus der Sache politisches Kapital schlagen?

w. m.

Diesen Artikel brachte die sozialistische Parteizeitung gegen die Errichtung des Landeskrankenhauses Rohrbach.

Wer aufmerksam liest, wird feststellen, daß alle Aussagen der SPÖ in dieser Dokumentation „Nein“ sagen.



Der ärztliche Leiter für das neue Landeskrankenhaus Rohrbach ist bereits bestellt. Das Bild zeigt Primarius Dr. Walter Schmid mit Krankenschwestern aus dem Bezirk vor dem Rohbau des Landeskrankenhauses Rohrbach. Symbolisch steht das ÖVP-Team hinter dem Arzt und den Schwestern; Landtagspräsident Hofrat Dr. Lelio Spannocchi, die Abgeordneten Franz Leitenbauer und Dr. Helmut Natzmer, Direktor Paul Raab, Bürgermeister Wilhelm Gruber und Engelbert Lengauer.

ÖVP plante zielbewußt für Landeskrankenhaus

Der gesamten Bevölkerung des oberen Mühlviertels wird das neue Landeskrankenhaus Rohrbach dienen. Es wird 1981 eröffnet. Kosten: fast 300 Millionen Schilling. Ein Nebeneffekt, der mit der Gesundheit der Bevölkerung nichts zu tun hat: mit dem neuen Landeskrankenhaus Rohrbach werden wieder rund 300 Arbeitsplätze geschaffen.

Wie ernst es den Verantwortlichen im Bezirk war, in Rohrbach ein Krankenhaus zu bauen, zeigt am besten der Umstand, daß auf Anregung der ÖVP schon 1967 und 1968 zusammenhängende Grundstücke im Ausmaß von mehr als 1,2 Hektar gekauft worden waren.

Für die Errichtung eines Landeskrankenhauses in Rohrbach sprach ja schon damals vieles. Das „Rote Kreuz“ im Bezirk Rohrbach, so erhob man es beispielsweise 1971, „legt jährlich mit elf Krankenwagen nicht we-

niger als 400.000 Kilometer zurück, um rund 4000 Personen zu befördern“. Zählte man die Transporte des „Grünen Kreuzes“ und private Beförderungen dazu, kam

man darauf, daß jährlich 800.000 Kilometer zurückgelegt werden müssen, um rund 8000 Personen in die Krankenhäuser außerhalb des Bezirkes zu befördern.

Ein Fachgutachten (Deutsches Krankenhausinstitut e. V. Düsseldorf) forderte ebenfalls ein Krankenhaus in Rohrbach. Der damalige Landes-

Hartl: „Nein“

rat Dr. Hartl sagte „nein“, weil es die „Priorität für das Milliardenprojekt Allgemeines Krankenhaus Linz“ gab. In dem Fachgutachten stand folgendes:

„Der Bezirk Rohrbach wird im Jahre 1980 nahezu 50.000 Einwohner umfassen. Die Patienten aus dem Bezirk wandern heute in die Kran-

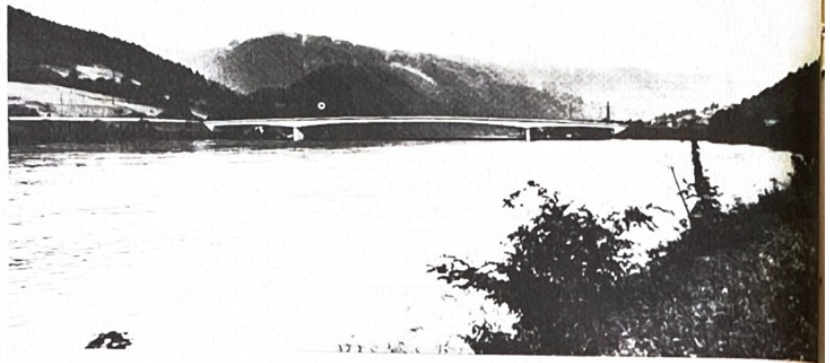
kenhäuser der Stadt Linz ab. Der gesamte nördliche Teil des Bezirkes Rohrbach ist von Linz jedoch weiter als 25 bis 30 Kilometer entfernt.

Von Rohrbach aus beträgt die Fahrzeit in das AKH Linz etwa eine Stunde, von dem nördlichsten Teil des Bezirkes noch länger. Ausgehend von dem Grundsatz der patientennahen Versorgung in der Leistungsstufe der Regelversorgung wäre es notwendig, für den Bezirk Rohrbach ein eigenes Krankenhaus zu planen.“ Aus dem Akt Präs S-4/1971.

Tagblatt

Brücke ins Leere

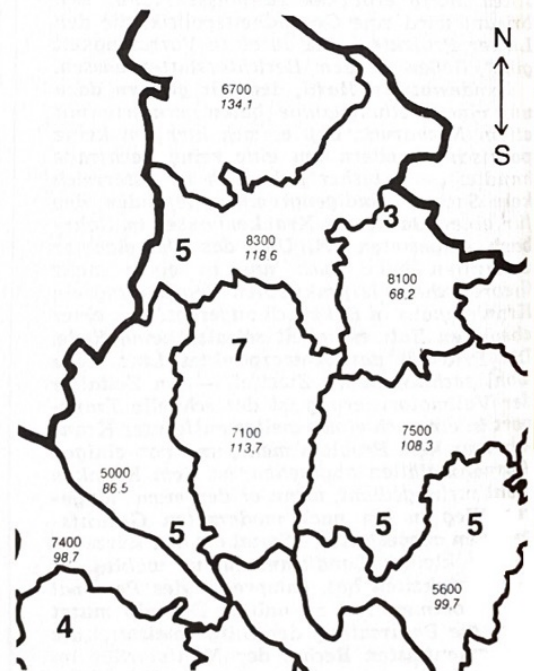
Gegenwärtig ist ein Zeitpunkt für die Aufnahme einer Donaubrücke bei Engelhartzell in das Bundesstraßengesetz noch nicht abzusehen, teilte dieser Tage Bautenminister Moser auf eine urgierende Anfrage der ÖVP-Abgeordneten Kraft und Kinzl mit, und der Engelhartzeller Bürgermeister ließ sich am Sonntag in der Fernsehsendung „In eigener Sache“ über die angebliche Notwendigkeit dieses Brückenschlages aus. Man wird, das sei hier noch einmal festgestellt, den Verdacht nicht los, daß es hier den VP-Exponenten gar nicht so sehr um die Lösung eines Sachproblems als um parteipolitisches Prestige geht, denn die Notwendigkeit dieses Donauüberganges in dieser Grenzecke ist durchaus nicht klar: schon die Aschacher Brücke ist schwach frequentiert, die deutschen Urlauber, die ins Mühlviertel einreisen (Urlaubszentren der deutschen Gäste sind Rohrbach, Bad Leonfelden und Haslach), würden nicht den Umweg über die Brücke wählen, sondern nach wie vor direkt an der Mühlviertler Westgrenze einreisen, der Bau moderner Zubringerstraßen in dem bisher wenig erschlossenen Gebiet würde enorme Summen verschlingen. Die Beteiligung deutscher Stellen ist angesichts ihrer Bemühungen um eine deutsch-österreichische Arbeitsgemeinschaft Autobahnzubringer Passau Nord-Breitenberg/Hinteranger fraglich, bei dem gegenwärtig geringen Verkehrsaufkommen in diesem Mühlviertler Eck wird mit den Fähren noch lange Zeit das Auslangen gefunden werden — alles Argumente, die nicht einfach in den Wind zu schlagen sind. Wir wiederholen: bevor man dieses fragwürdige Brückenprojekt in Angriff nimmt, müssen doch wahrlich erst neue Übergänge im verstopften Linzer Zentralraum gebaut werden. Diese sind notwendig und nicht eine funktionslose Brücke ins Leere, mit deren Bau nur ein parteipolitisches Süppchen gekocht werden soll.



So wird die Brücke in Niederranna ausschauen, die das sozialistische Tagblatt eine „Brücke ins Leere“ und eine „Brücke für Ochs und Kuh“ nannte. In Wirklichkeit bringt die neue Donaubrücke den Anschluß des oberen Mühlviertels an die Wirtschaftszentren des Innviertels, an die Autobahn und an die Bundesrepublik Deutschland. Nebenstehend der Tagblatt-Artikel „Brücke ins Leere“ im Original.

Erinnern Sie sich noch? ÖVP ist für Bürgernähe

Erinnern Sie sich noch? Es war die Partei Dr. Rupert Hartls, die seinerzeit eine Studie vorlegte, mit der die meisten Gemeinden des Bezirkes Rohrbach abgeschafft werden sollten. Nur mehr sieben Großgemeinden sollten bleiben. Wörtlich schlugen die Parteifreunde Dr. Hartls damals folgendes Strukturprinzip vor: „Mindestgröße der Gemeinden 5000 bis 8000 Einwohner! In die Stadtgemeinden das Umland eingliedern!“ Die ÖVP ist im Gegensatz dazu heute wie damals für eine bürgernahe Verwaltung.



MIT ROTER FEDER 7/79

Informationsblatt der SPÖ
Bezirksorganisation Rohrbach

Das schlug die SPÖ im Juli 1979 zum Thema Landwirtschaft im Bezirk Rohrbach vor. Es ist eine negative Aussage, denn Aufforstung kann nicht die Lösung der schwierigen Bergbauernfrage

sein. Unsere ÖVP-Mandatare handeln auch in diesem Bereich besser: sie gelten heute als Experten für den Wegebau im ländlichen Bereich, sie setzten im Landtag die Initiative für die Förderung des

Telefon-Ausbaues. Unsere ÖVP-Mandatare kümmern sich um die vielen kleinen Sorgen und großen Probleme der gesamten Bevölkerung des Bezirkes.

Die Landwirtschaft unseres Bezirkes, die bereits mit natürlichen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, wie etwa klimatischen, müßte gezielt gefördert werden, etwa durch Förderung der Aufforstung von Grenzertragsböden.

LH Dr. Ratzenböck und sein Team:

Unser Programm für die Zukunft



Landesrat
Hans Winetzhammer



LHSTV. Gerhard Possart



Landesrat
Leopold Hofinger



Landesrat
Rudolf Trauner

1

Kindergartenfreifahrt

Schon im Herbst kommt die von uns geforderte Kindergartenfreifahrt. Oberösterreichs Kleinkinder sind damit die ersten in ganz Österreich, die mit den Schulkindern gleichgestellt sind. Das ist Chancengleichheit und aktive Familienpolitik, denn die Eltern werden finanziell entlastet.

2

20.000 Schilling Landeswohnstarthilfe

Für junge Menschen soll es ab 1980 nach der Formel $35 + 3$ zur Schaffung einer Wohnung wahlweise einen zinsenlosen 50.000-Schilling-Kredit oder 20.000 Schilling bar geben, die nicht mehr zurückbezahlt werden müssen.

3

Landes-Fernpendlerbeihilfe

Auch die finanziellen Lasten sollen den Pendlern erleichtert werden. Weil der Bund noch immer kein Pendlerpauschale als Steuerabsetzbetrag – trotz entsprechender VP-Anträge – eingeführt hat, wird das Land eine Landespendlerbeihilfe einführen.

4

600 Millionen Schilling mehr für das öö. Kleinstraßennetz

Mit zusätzlichen 600 Millionen Schilling werden in einem „Sonderstraßenbauprogramm“ Güterwege, Gemeindestraßen, Siedlungsstraßen, Ortschaftswege, Wirtschaftswege und Hofzufahrten ausgebaut. Der ländliche Raum wird dadurch verkehrsmäßig voll erschlossen.

5

Übernahme der Verwandtenbeiträge für Alten- und Pflegeheimkosten durch das Land

Wer in ein Alten- oder Pflegeheim möchte, braucht keine Angst zu haben, daß seine Kinder die Kosten mittragen müssen, wenn die Pension nicht reicht. Das Land wird zukünftig diesen Anteil übernehmen.

6

Volle Bewirtschaftungsprämien auch für Nebenerwerbsbauern

Bei der Zuteilung der Bewirtschaftungsprämien für Bergbauern nach dem öö. Landwirtschaftsgesetz sollen künftig Voll- und Nebenerwerbsbauern gleich behandelt werden.

Volkspartei – zweimal Liste 1

Amtlicher Stimmzettel
für die
Landtagswahl
am 7. Oktober 1979
Wahlkreis _____

Liste Nr.	Parteibezeichnung	Kurz- bezeichnung	Für die gewählte Partei im Kreis ein x einsetzen!
1	Österreichische Volkspartei		☒
2			☐
3			☐

▲
So wählt man richtig
▼

Amtlicher Stimmzettel
für die
Gemeinderatswahl
am 7. Oktober 1979
Wahlkreis _____

Liste Nr.	Parteibezeichnung	Kurz- bezeichnung	Für die gewählte Partei im Kreis ein x einsetzen!
1	Österreichische Volkspartei		☒
2			☐
3			☐

Am 7. Oktober 1979 werden in Oberösterreich der Landtag und sämtliche Gemeindevertretungen gewählt. Es finden also **zwei Wahlgänge** statt, aber jeder Wähler braucht nur **einmal wählen** zu gehen. Die Wahlleiter in den einzelnen Wahllokalen müssen jedem Wahlberechtigten zwei Stimmzettel ausfolgen: einen hellgrünen für die Landtagswahl und einen weißen Stimmzettel für die Gemeinderatswahl. Auf beiden Stimmzetteln scheint die Österreichische Volkspartei als Liste 1 auf.